

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

141 (22.6.1931)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE CARLSRUHE

Anzeigenpreise Die 10 gerippten Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gegenüber dem vorigen Jahr ist die Zahl der Anzeigen um 10 Prozent gestiegen. Bei der Berechnung der Anzeigenpreise sind die Kosten für den Druck und die Verteilung des Blattes mit eingerechnet. Bei der Berechnung der Anzeigenpreise sind die Kosten für den Druck und die Verteilung des Blattes mit eingerechnet.

Andere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jugend, Die Musikwelt / Sport und Spiel / Die Welt der

Abonnementpreise monatlich 2,50 Mark o. Oberhalb 2,20 Mark o. Durch die Post 2,00 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe 11, D., Weidenstraße 28 o. Februar 1931 o. Postfach 111111. Hauptstadt Karlsruhe 11, D., Weidenstraße 28 o. Februar 1931 o. Postfach 111111. Hauptstadt Karlsruhe 11, D., Weidenstraße 28 o. Februar 1931 o. Postfach 111111.

Nummer 141

Karlsruhe, Montag, den 22. Juni 1931

51. Jahrgang

Zahlungsaufschub

Aufsätze über Hoovers Vorschlag

Durch das deutsche Volk geht ein Aufatmen der Erleichterung. Denn die Botschaft des Präsidenten Hoover eröffnet ihm Ausblicke, auf die es in den letzten Tagen nicht mehr zu hoffen gewagt hat. Dabei war es sich sicher nicht in allen Teilen des ganzen Erntes der Situation bewußt, in der sich Deutschland befand. Das Wort von der Katastrophe, vor der wir standen, wurde eigentlich nur im engsten Kreise der Eingeweihten gebraucht, und man ließ es nicht über die Ränder der Beratungszimmer hinausdringen, um den Ausbruch einer allgemeinen Panik aus wirtschaftlichen und politischen Gründen so lange als möglich zu verhindern.

Jetzt hat die wirtschaftliche Vernunft einen Sieg davongetragen, und wir dürfen hoffen, daß die Erkenntnis, zu der sich Hoover unter der nicht hoch genug zu schätzenden Mitwirkung der englischen Arbeiterregierung durchgerungen hat, von den verantwortungsbewußten Stellen der Vereinigten Staaten geteilt und gebilligt wird.

Amerika macht den Vorschlag, die Zahlung aller internationalen Regierungsschulden (Zinsen und Zinsen) auf ein Jahr einzustellen. Das würde bedeuten, daß es selbst für diese Frist keine europäischen Schuldner von ihren Verpflichtungen entbindet, wenn diese auf die deutschen Reparationsleistungen verzichten. Amerika muß sich auf diesen Vorschlag beschränken, denn es kann nicht unmittelbar in die Verhältnisse zwischen Deutschland und seinen Gläubigern eingreifen, wenn Hoover auch deutlich genug an der Politik der europäischen Siegerstaaten Kritik übt; aber wir dürfen wohl der Erwartung Ausdruck geben, daß die beteiligten europäischen Regierungen verständlich genug sein werden, dem Vorschlag beizutreten und daß namentlich Frankreich nicht aus Gründen des Prestige oder weil es, was zum Teil seine eigene Schuld ist, bei den letzten Verhandlungen nicht so in den Vordergrund getreten ist, wie England und die Vereinigten Staaten, die Notwendigkeit der Stunde erkannten.

Wenn alles glatt verläuft, würde Deutschland für das gegenwärtige Haushaltsjahr eine Erleichterung von rund etwa 1500 Millionen Mark erfahren, da wohl gemerkt, nicht nur der nach dem Youngplan geschützte, sondern auch der ungeschützte Teil der Annuitäten gestundet werden soll. Das ist zunächst eine beträchtliche Entlastung unseres Haushalts und es kommt hinzu, daß in dem Feiertagsjahr Ruhe gegeben wird, um die Neuregelung des Reparationsproblems international zu erörtern. Daß der Youngplan so, wie er ist, am 1. Juli 1932 wieder in Funktion treten wird, wird wohl niemand annehmen. Wer einstweilen ist die große Frage, in welcher Weise sich die Entlastung im Innern auswirken soll. Darüber wird in der nächsten Zeit viel und eingehend zu sprechen sein wird und gesprochen werden und heute sei nur das gesagt, daß bei aller selbstverständlichen Rücksicht auf das Gleichgewicht des Haushaltsplanes, bei aller Anerkennung der Notwendigkeit, den Betrag der schwebenden Schuld zu verringern, die Befreiung von dem Druck der Reparationszahlungen auch für die einzelnen Staatsbürger, und insbesondere für den, der am meisten notleidet, unmittelbar spürbar werden muß. Die letzte Notverordnung ist in der Hauptsache mit den Zahlungsverpflichtungen an das Ausland begründet worden. Kommen diese — wenn auch zunächst nur für ein Jahr — in Wegfall, so ist es unvorstellbar, an eine ernste Nachprüfung der Verordnungen und an eine schnellere Befreiung ihrer Härten heranzugehen. Daher müssen vor allem Mittel in Bewegung gesetzt werden, um das wichtigste Werk zu leisten: die Wirtschaft wieder anzukurbeln und das Arbeitslosenfieber zu vermindern.

Mit Recht hat die Reichsregierung ohne lange zu zögern, der Botschaft Hoovers sofort offiziell zugestimmt. Denn ein Jahr des Zahlungsaufschubs bedeutet eine ungeheure Erleichterung. Wir wollen daher hoffen, daß der Vorschlag Hoovers nicht nur von England und Italien, sondern auch von dem heute noch abwartenden Frankreich, das bei dieser Gelegenheit starke Opfer bringen mußte und daher am stärksten nach Amerika in Frage kommt, ebenfalls gebilligt wird. Wir hoffen und erwarten, daß deutscherseits in diesem Punkte alle Prestigefragen beiseite gelassen werden und alle Schritte getan werden, um auch mit Frankreich eine Verständigung zu erzielen. Zu machtpolitischen Kinkelereien ist jetzt keine Zeit. Das Feuer brennt uns an den Sohlen.

Für verfehlte würden wir es allerdings halten, wenn der nunmehr eingetretene einjährige Zahlungsaufschub dazu benützt würde, daß man sich in Deutschland in Illusionen wiegen würde. Mit Recht weisen einzelne Zeitungen darauf hin, daß man nur von einer „Zwischenlösung“ reden dürfe, und das englische Arbeiterblatt Daily Herald betont mit Recht, daß der Vorschlag Hoovers nur eine Frist gewährt, daß

die Probleme nicht aufgehoben, sondern nur verschoben sind und die 12 Monate, die Hoover gewährt, dazu genügt werden müssen, die Frage zu lösen, wobei u. E. eine einjährige Atempause allerdings etwas zu kurz ist.

Die Arbeit zur Sanierung Deutschlands und der Welt hat daher nur begonnen, sie ist nicht vollendet. Im Gegensatz zu den Behauptungen der deutschnationalen und nationalsozialistischen Presse war die Reise nach Chequers keine Vergnügungstreife, sondern ein ernsthafter Versuch, eine Sanierung in die Wege zu leiten. Allerdings stehen wir jetzt erst am Anfang. Möge die Reichsregierung und die Regierungen aller Staaten diese Zwischenlösung benützen, das begonnene Werk durch eine Politik politischer Verständigung und wirtschaftlicher Zusammenarbeit fortzuführen, damit nicht nur Budgeterleichterungen aus diesem Werk herauskommen, sondern das Problem unserer Zeit gelöst wird, die Wiederankurbelung der Wirtschaft und die Eingliederung des riesigen Arbeitslosenheeres in den Arbeitsprozeß.

Die Zahlungsaufschubklärung Hoovers

Ein Jahr Aussetzung zur Stabilisierung

Washington, 21. Juni. (Eig. Draht.) Der amerikanische Staatspräsident Hoover hat den Vertretern der in Washington befindlichen ausländischen Missionen aus dem internationalen Schulden- und Reparationsproblem eine Erklärung übergeben, in der er einen einjährigen Zahlungsaufschub für alle internationalen Schulden vorschlägt. Die Erklärung hat an den wichtigsten Stellen folgenden Wortlaut:

„Die amerikanische Regierung schlägt einen einjährigen Zahlungsaufschub aller Zahlungen auf Schulden der Regierung, Reparationen und Wiederaufbauschulden vor, und zwar sowohl bezüglich des Kapitals wie der Zinsen, ausgenommen natürlich Schuldenerklärungen, die sich in privaten Händen befinden. Vorbehaltlich der Zustimmung des Kongresses ist die amerikanische Regierung bereit, zu einem Aufschub aller ihr seitens fremder Regierungen geschuldeter Zahlungen während des am 1. Juli 1931 beginnenden Etatsjahres unter der Bedingung, daß die wichtigeren Gläubigerstaaten ebenfalls alle ihnen geschuldeten Zahlungen auf Regierungsschulden für ein Jahr aufschließen. Dieser Schritt ist von folgenden Senatoren bereits gebilligt worden: Ashurst, Bingham, Borah, Borah, Capper, Fish, Fletcher, Glass, Harries, Harrison, Bull, King, Morrow, Moses, Reed, Swanwick, Vandenberg, Wagner, David Walsh, Thomas Walsh, Watson; ebenso von 18 Mitgliedern des Repräsentantenhauses. Er wurde ferner gebilligt von dem Vizepräsidenten D. A. Hooper und von Owen B. Young.“

Zweit dieses Schrittes ist, das kommende Jahr der wirtschaftlichen Erholung der Welt zu widmen und die Kräfte in den Vereinigten Staaten, die bereits am Wiederaufbau arbeiten, von den von außen kommenden verändernden Faktoren zu befreien. Die über die ganze Welt verbreitete Depression hat die europäischen Staaten mehr in Mitleidenschaft gezogen als uns. Einige jener Staaten fühlen die Verminderung ihrer wirtschaftlichen Stabilität durch diese Depression in erschütternder Weise. Das Gewicht der Reparationszahlungen, das in normalen Zeiten tragbar wäre, drückt in der Mitte dieser Depression schwer auf die Wälder.

Aus einer Reihe von Gründen, die aus der Depression resultieren, beispielsweise des Preisrückganges fremder Waren und das mangelnde Vertrauen in die wirtschaftliche und politische Stabilität im Ausland, begann eine enorme Zuwanderung von Gold nach den Vereinigten Staaten, wodurch die Kreditfähigkeit vieler fremder Staaten vermindert wurde. Diese und andere Schwierigkeiten im Ausland verringerten die Kaufkraft für unsere Exportwaren und sind daher in gewissem Umfang



Das Weiße Haus in Washington, in dem die denkwürdigen Verhandlungen stattfanden.

schuld an unserer fortwährenden Arbeitslosigkeit und den fortwährend niedrigen Preisen für unsere Formprodukte.

Rechtzeitige Maßnahmen sind daher geboten, um den Druck dieser ungünstigen Faktoren im Ausland zu lindern, zur Wiederherstellung des Vertrauens beizutragen und dadurch den politischen Frieden und die wirtschaftliche Stabilisierung in der Welt zu fördern.

Ich möchte diese Gelegenheit dazu benützen, meine Ansicht über unsere Stellungnahme zu den deutschen Reparationen und den von uns den europäischen alliierten Regierungen gestandenen Summen zu äußern:

Unsere Regierung hat sich nicht an der Auflegung der Reparationen beteiligt, noch sich irgendwie bezüglich ihrer Festsetzung geäußert. Wir haben mit voller Absicht keinen Anteil gehabt an den allgemeinen Reparationen oder an der Aufteilung der Kolonien, oder von Privateigentum. Daher ist die Reparationsfrage notwendigerweise ein rein europäisches Problem, mit dem wir nichts zu tun haben. Ich billige nicht im Entferntesten die Streichung der uns geschuldeten Summen. Aber da die Basis der Fundierung dieser Schulden die Zahlungsfähigkeit des Schuldners unter normalen Verhältnissen war, so führen wir nur konsequent unsere eigenen Prinzipien durch, wenn wir die gegenwärtigen unnormalen Verhältnisse in der Welt in Rechnung ziehen. Ich bin davon überzeugt, daß die amerikanische Regierung nicht den Wunsch hat, den Versuch zu machen, vom Schuldner mehr herauszuholen, als er zahlen kann. Wir werden dadurch nicht in die Diskussion rein europäischer Probleme, zu denen die Reparationsfrage gehört, hineingezogen, wir wollen lediglich unsere Bereitschaft ausdrücken, an der baldigen Regelung der Weltprospérité, an der unser Volk so stark interessiert ist, unser Teil beizutragen.

Ich möchte noch hinzufügen, daß wir, obwohl dieser Schritt mit der für den nächsten Februar angelegten Konferenz zur Beschränkung der Landrückgaben nichts zu tun hat, doch die Hoffnung haben, angesichts des starken Einflusses des Weltkrisens auf die gegenwärtige Depression, wird unser Schritt zu freundschaftlichen Beziehungen beitragen, die für die Lösung dieser Krisensfragen notwendig sind.“

Zustimmung der Reichsregierung

Der Erklärung Hoovers ging ein längeres Brieftelegramm des Reichspräsidenten Hindenburg an den amerikanischen Staatspräsidenten Hoover, das am Samstag abend verfaßt, dann mit dem amerikanischen Botschafter in Berlin durchgelesen und in der Nacht zum Sonntag nach Washington übermittelt wurde. In diesem Brieftelegramm wird die Not Deutschlands eingehend beschildert, auf die drohenden Gefahren der gegenwärtigen Lage hingewiesen und schließlich um Hilfe ersucht. Dieses Brieftelegramm lag zunächst in zwei Fassungen vor. Es wurde übermittlelt auf ausdrücklichen Wunsch der amerikanischen Regierung und abgefaßt, nachdem die Erklärung Hoovers bereits feststand und das Auswärtige Amt in Berlin über seinen Inhalt bereits informiert worden war.

Die Aktion Hoovers selbst wurde erst in den letzten Tagen der vergangenen Woche vorbereitet. Sie bedeutet einen Erfolg der anerkennenswerten Bemühungen des amerikanischen Botschafters Gaddet und der Reise nach Chequers.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, hat die Reichsregierung der amerikanischen Regierung bereits ihre Zustimmung zu dem Vorschlag mitgeteilt.

Die Erleichterung, die Deutschland zuteil würde, beläuft sich nach den Berechnungen der zuständigen Stellen auf 1500 Millionen Mk. Von der Gesamtsumme, die während dieses Zeitraumes fällig wäre, muß man nämlich 200 Millionen für weiterlaufende Zinsverpflichtungen abziehen. In diesem Zusammenhang ist auch zu unterstreichen, daß die Kreditverhältnisse durch das Ferienjahr nicht beeinträchtigt werden. Eine wesentliche Stützung für die weitere Entwicklung ist natürlich, welchen Standpunkt die übrigen Mächte einnehmen. Es ist anzunehmen, daß England ebenfalls unmittelbar sein Einverständnis erklären wird, ebenso Italien. Problematischer scheint im Augenblick noch die Stellung Frankreichs. Auch in deutschen politischen Kreisen wird nicht verkannt, daß Frankreich gewisse Opfer bringen müsse. Frankreich erhält von uns über 800 Millionen Mark und hat mehr als 400 Millionen Mark an Kriegsschuldenerklärungen zu zahlen, erleidet also einen Ausfall von rund 400 Millionen Mark. Es ist aber schließlich wohl kaum anzunehmen, daß Frankreich sich einer Gesamttaktion Amerikas und Europas entziehen wird.

Begeisterung über Hoovers Vorschlag

Reicht die Zwischenlösung aus?

Washington, 22. Juni. (Sundt.) Der Vorschlag Hoovers wird hier zum Teil enthusiastisch aufgenommen. Den Hauptwert des Vorschlages betrachtet man zunächst in seinen psychologischen Auswirkungen auf Europa und dem Anreiz zur Überwindung der Wirtschaftskrise. Zustimmung wird allgemein Hoovers Auffassung hervorgehoben, nach der an den Schuldenverpflichtungen nicht zu rütteln sei. Nichtbedenklichen mehrten sich die wahren Stimmen, die einen nur einjährigen Zahlungsaufschub als nicht ausreichend zur endgültigen Sanierung der schuldenkranken Welt bezeichnen.

Vor den 40-Stundenwoche-Besprechungen

In der Frage der Arbeitszeitverkürzung wird der Reichsarbeitsminister zunächst am Montag in der von uns bereits angekündigten Besprechung mit den Spitzenverbänden der Gewerkschaften die Rückwirkungen auf das Arbeitsrecht erörtern. Es handelt sich bei dieser Besprechung mit den Spitzenorganisationen um eine rein technische Frage, die vor der Durchführung der dem Minister gegebenen Ermächtigung zur Arbeitszeitverkürzung geklärt werden muß. Die grundsätzliche Regelung erfolgt im Anschluß daran in besonderen Besprechungen mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern der für die Arbeitszeitverkürzung in erster Linie in Betracht kommenden Berufsgruppen. Am Dienstag wird zunächst mit dem Baugewerbe verhandelt. Am Mittwoch folgen Besprechungen mit den Unternehmern und den Gewerkschaften der papiererzeugenden und -verarbeitenden Industrie und

Krisenlösung des Hansabundes



„Die Sozialpolitik ist befehligt, die öffentlichen Betriebe sind privatisiert. Wer noch lebt, kann jetzt wieder Arbeit kriegen!“

alsdann nach den bis jetzt vorliegenden Dispositionen Verhandlungen mit dem Betriebsräteausschuss, vor allem mit dem Buchdruckgewerbe.

In den Harburger Werken ist, wie schon kurz berichtet, die bisher verabschiedete Arbeitszeitverkürzung auf 36 Stunden wieder bis auf 40 Stunden rückgängig gemacht worden. Die Direktion sah sich zu diesem Schritt veranlaßt, weil ihr Arbeitszeitverkürzungsbeispiel keine nennenswerte Nachahmung gefunden hat, und weil infolge einer inzwischen eingetretenen Lohnkürzung die Belastung der Belegschaft bei nur 36 Stunden zu groß geworden war. Die Rückgängigmachung der Arbeitszeitverkürzung hatte auch Entlassungen zur Folge.

Das gute Beispiel der Harburger Werke — nicht zuletzt ein Erfolg des Fabrikarbeiterverbandes — fand also keine Nachahmung. Man sieht, bei dem deutschen Unternehmertum ist man verlassen, wenn man sich auf sein Entgegenkommen verläßt. Es läßt sich zu jeder sozialen Verbesserung immer nur — zwingen. Vielleicht sieht der Reichsarbeitsminister aus der Harburger Lehre bei seinen Verhandlungen in der Frage der Arbeitszeitverkürzung die entsprechende Nutzenwendung.

40 Stundenarbeitswoche bei der Duisburg-Ruhrorter Hafen A.-G. Zwischen der Duisburg-Ruhrorter Hafen A.-G. und den Gewerkschaften bzw. dem Gesamtbetriebsrat ist zur Vermeidung der Entlassung der durch den Betriebsrückgang entbehrlich gewordenen Arbeiter eine Einigung dahin erzielt worden, daß ab 22. Juni zunächst für die Arbeiter der Lohngruppen I—III und ab 28. Juni für sämtliche Arbeiter die 40stündige Arbeitswoche eingeführt wird.

Internationale Kundgebung der Oberrhein. Sozialistischen Vereinigung

Die Oberrheinische Sozialistische Vereinigung veranstaltete am Sonntag in Basel eine internationale Kundgebung für den Sozialismus und gegen das Krisenelend und gegen den Krieg. Der Kundgebung war am Samstag abend ein Fackelzug vorausgegangen. Ein gewaltiger Demonstrationsszug, an dem über 4000 Personen teilnahmen und dessen Vorbereitungen beinahe eine Stunde dauerte, zog am Sonntag durch die Hauptstraßen Kleins- und Großbasels und bildete den Auftakt zu der Demonstrationssammlung auf dem Marktplatz. In dem Demonstrationsszug, an dem zahlreiche Musikformationen und Abordnungen aus Oberbaden, dem Elsass und der benachbarten Schweizer Kantone teilnahmen, bemerkte man mehrere rote Transparente mit Aufschriften, die sich gegen das Krisenelend und gegen den Krieg wandten.

An der Kundgebung auf dem Marktplatz nahmen 12 000—15 000 Personen teil.

Schwerer Unfall einer Reichsbannerkapelle

Ilmenau, 21. Juni. In der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr fuhr in dem Ort Mührenbach (Landkreis Arnstadt) ein mit einer Reichsbannerkapelle aus Ilmenau von einer Sonnenwendfeier zurückkehrendes Pflaster in einer gefährlichen Kurve mit voller Wucht gegen einen Hausvorsprung, wobei der Aufbau des Wagens mit dem Führerliß glatt abgerissen wurde. Der Führer des Pflasterwagens war sofort tot. Sechs Schwerverletzte und zehn Leichtverletzte der Reichsbannerkapelle wurden ins Ilmenauer Krankenhaus gebracht. Einer der Schwerverletzten liegt hoffnungslos darnieder. Es blieben nur drei Mann unverletzt. Die Schuld an dem Unglück trägt scheinbar der Chauffeur, der wahrscheinlich die Kurve zu schnell genommen hat.

Das Urteil im Jeschkowitzer Waffensundprozess

Am zweiten Dezember vorigen Jahres entdeckte die Breslauer Polizei nach einem Marsch der SA-Deute nach Jeschkowitz im Schloß Jeschkowitz, wo etwa 450 Mann untergebracht waren, ein großes Waffenslager von Seitengewehren, Dolchen, Revolvern, Karabinern und Spaten. Die Polizei nahm 300 Personen fest. Der Pächter des Schlosses, Rittergutbesitzer Delfen, wurde ebenfalls verhaftet. Er gab an, daß er nicht wisse, daß die SA Waffen mitbringen würde.

Vor dem erweiterten Schöffengericht in Breslau hatten sich zehn Angeklagte zu verantworten. Sieben Angeklagte wurden freigesprochen, da das Gericht sich auf den Standpunkt stellte, daß die Waffen dem Gericht vorgelegt wurden, nicht ausreichten, um etwa 450 SA-Deute als einen bewaffneten Haufen anzusprechen. Drei Angeklagte, bei denen Waffen vorgefunden worden sind, wurden wegen verbotenen Waffentragens bei politischen Zusammenrottungen zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Großreinemachen!

Kapitalistisches Börsenspiel auf Kosten des Volkswohls

Die Fehlanlagen des Privatkapitals

Wer bisher die Börse immer noch für ein „Barometer der Wirtschaft“ gehalten hat, ist sicherlich durch die Ereignisse in den letzten Wochen und Monaten eines besseren belehrt worden. Was man immer für den „heiligen Mechanismus“ der kapitalistischen Wirtschaft aussagt, der unter keinen Umständen gestört werden darf, hat sich wieder mal als kapitalistisches Willkür und Laune offenbart. Vielleicht ist dafür noch nie so deutlich der Beweis erbracht worden, wie in der gegenwärtigen, der schwersten aller Wirtschaftskrisen.

Ungefähr um die Jahreswende 1930/31 machte das Unternehmertum plötzlich in Optimismus. Von allen möglichen und unmöglichen Rednertribünen hörte man „optimistische Wirtschaftsreden.“ Wir sind mit jedem Wirtschaftsoptimismus einverstanden, der irgend eine positive Grundlage hat. Wo aber diese positive Grundlage für den Wirtschaftsoptimismus, den man damals hörte? Die „Gesundungsvorschläge“, die verkündet wurden, erschöpften sich in der Forderung nach neuem Lohnabbau. Damals versprach man wieder einmal, mit Lohnabbau die „Wirtschaft anzukurbeln“ zu können. Heute wird auch dem Dummsten, der noch den Eugenbergschen und Hilterschen Demagogen nachläuft, klar geworden sein, daß es sich bei dieser Forderung um weiteren Lohnabbau um nichts anderes als um einen Trick handelte, Krisenverluste der Unternehmer auf die Arbeiterschaft abzuwälzen.

Man ist in Deutschland erzieherweise nicht mehr so wie früher geneigt, Reden von Industrieführern gläubig hinzunehmen. Das ist aber leider nicht allgemein so. Die letzte Zeit hat das nur zur Genüge bewiesen. So wurde die Situation bedenklich, als der neue gesunde Optimismus des deutschen Unternehmertums Ausdruck an den Börsen fand und zwar besonders an den deutschen Börsen. Er war jetzt klar: Der deutsche Kapitalismus mobilisierte mit Hilfe der Börsen die Spargroschen des deutschen Volkes. Das war die Frühjahrshausse 1931 unheiligen Angebens. Man hatte die Sache äußerst geschickt angelegt. Es wurden ausgerechnet in dem Augenblick beträchtliche Kurssteigerungen, die erfahrungsgemäß das breite Publikum an die Börse bringen, erzwungen, als das Publikum wieder Geld hatte. Das war am Apriltermin, an dem die meisten Anleihen- und Pfandbriefleihen eingelöst wurden. Es hieß also, diesen Geldstrom aufzufangen. Geschickt wurden die Empfänger dieser Zinsen veranlaßt, ihre Einnahmen zum Apriltermin in Aktien anzulegen. So fand man Käufer zu hohen Kursen. Sie nahmen den Verkäufern Pönier ab, die diese früher spottbillig gekauft hatten. Die Frühjahrshausse 1931 war niemals das Spiegelbild einer wirtschaftlichen Besserung. Die Hausse war Stimmungsmache.

Die Frühjahrshausse hat deshalb auch der Wirtschaft keine Anregung gegeben. Das Mißtrauen, das angeblich von der Politik ausging, wuchs dagegen von Tag zu Tag. Als die Kurse fielen, trennten sich die jungen und jüngsten Aktienbesitzer unter oft empfindlichen Verlusten von ihren „Werten“. So kam der Stein ins Rollen. Als sich schließlich die Situation immer bedenklicher gestaltete und als in Oesterreich die erste Großbank zusammenbrach,

wurde die Abwärtsbewegung zur Ravine. Aus der frühlichen Frühjahrshausse wurde eine bitterste Sommerbaße.

Jeder Dieb unterliegt dem Drang, sich zu rechtfertigen. So schimpfen die Einzelgänger der Börse erneut auf das „System“, das die „Entwicklung der Wirtschaft hemme“, auf die „Verhinderung der öffentlichen Hand“, auf die „kapitalfeindliche Einstellung der Sozialdemokratie“, die Kapitalbildung verhindere, auf die „Lohnpolitik der Gewerkschaften und schließlich auf die „Untragbarkeit der sozialen Ausgaben“. Darauf wurde schließlich alles abgeschoben. Eine Bewegung an der Börse, die viele getäuscht hat und die manchem den letzten Spargroschen gelöst haben dürfte, wurde jetzt politisch aufgesogen. Kein Mensch, der von diesen Dingen auch nur eine kleine Ahnung hat, glaubt daran. Jeder weiß, daß die Ursachen der Entwicklung ganz wo anders liegen.

Es muß in der deutschen Wirtschaft Bilanz gemacht werden! Es ist dort vieles faul! Vorgänge wie bei der Norddeutschen Wollindustrie, beim Warenhauskonzern Karstadt, beim Linoleumtrust und anderswo zeigen, daß Millionen und Abermillionen in den letzten Jahren verübert worden sind. Die Unternehmerrationalität hat sich darin erschöpft, immer größere Summen ohne Rücksicht auf Rentabilität zu investieren, weil sie den Zusammenhang zwischen technischem Fortschritt und Kaufkraft nicht verstand. Man ist in der Entwicklung der Kapazität einem Ausdehnungsdrang gefolgt, ohne Käufer zu schaffen, so daß die zusammengekauften Trusts unrentabel geworden sind. Wenn eine derartige Verüberung von Geldern in der öffentlichen Wirtschaft vor sich gegangen wäre, so würden diese den Standaal kaum überleben. Bei der Privatwirtschaft findet man das ganz in Ordnung. Man findet das sogar so weit in Ordnung, daß die Reform des Aktienrechts immer noch hinausgeschoben werden kann. Bei den Riesenerlusten in der Privatwirtschaft während der letzten Zeit haben Unfähigkeit, Unzulänglichkeit, Reichstumm und mangelnde Kontrolle eine große Rolle gespielt. Die Regierung hat die Notverordnung zu allen möglichen Dingen mißbraucht. Ist es ihr Interesse des deutschen Auslandskredits nicht angedacht, die Notverordnung auch einmal zu gebrauchen, um hier Ordnung zu schaffen?

Bisher hat das Unternehmertum versucht, durch Lohnraub seine Verluste aus der Welt zu schaffen. Die Grenze ist erreicht. Die Dinae sind so weit geblieben, daß das Unternehmertum nicht mehr daran vorbeikommt, das Mißverhältnis in der kapitalistischen Wirtschaft von sich aus zu korrigieren. Daran ändert keine Politik, keine neue Notverordnung, keine neue Goldtheorie und wie die Wunderlehren alle lauten, mit denen man der Wirtschaft wieder auf die Beine helfen will.

Indirekte Krediteinschränkung

ENB, Berlin, 20. Juni. Infolge der weiteren hohen Devisenforderungen — man spricht von etwa 60 Millionen RM. — ist der Privatdiskontsatz an der heutigen Berliner Börse etwas erhöht worden. Nach einer offiziellen Mitteilung können ab heute Wechsel nur an den Schaltern der Reichsbank eingelöst werden. Diese Maßnahme kommt einer indirekten Kreditrestriktion gleich.

Nazi-Ehrabschneider demaskiert

Nationalsozialistischer Gewährsmann wegen Spionage vorbestraft

Der SPD. schreibt uns:

Der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Koch ist kürzlich vom Schöffengericht Künigsberg wegen Verleumdung des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Herx und anderer Sozialdemokraten verurteilt worden. Koch hatte Dr. Herx Landesverrat zu Gunsten Polens vorgeworfen. Wegen seiner bisherigen Unbestraftheit erhielt Koch nur eine Geldstrafe von 500 M. der Gewährsmann Kochs dagegen eine Gefängnisstrafe von 5 Monaten. Während die Beschuldigungen gegen Dr. Herx nicht nur widerlegt wurden sondern auch die Tatsache bewiesen wurde, daß gerade die Sozialdemokratie sich für die Erhaltung Ostpreußens beim Reich einsetzt hat brachte das Gericht die interessante Tatsache ans Licht, daß der Gewährsmann Kochs schon mehrfach wegen Spionage, zu Gunsten Polens vorbestraft ist.

Beweisend für die Unbedenklichkeit dieser nationalsozialistischen Verleumdungstaktik ist die Tatsache, daß der Abgeordnete Koch zur selben Zeit, in der sein Zusammengehen mit dem polnischen Spion bekannt wurde, im Reichstagsuntersuchungsausschuß über die Roggenfütterung sich ebenfalls wieder mit einem Gewährsmann einließ, dessen Unzuverlässigkeit er genau kannte. Als in diesem

Ausschuß die Geschäfte der Roggenfütterung nachgeprüft wurden, sah am Freitisch der Nationalsozialisten ein wegen dienstlicher Unzuverlässigkeit und Ungehorsamkeit fristlos entlassener Angestellter der mit der Fütterung beauftragten Reichsstelle. Dieser entlassene Angestellte nimmt nicht nur als Berichtsersteller der nationalsozialistischen Blätter an den Verhandlungen des Ausschusses teil, sondern wird von Koch auch für seine demagogischen Behauptungen benutzt.

Es ist festzustellen, daß die Nationalsozialistische Partei diesem Mann offizielle Fragebogen zur Ausfüllung überreicht und ihn als Zuträger während der Verhandlungen benutzte, bevor der nationalsozialistische Sprecher, der Abgeordnete Koch, das Wort nimmt. Angesichts dieser Zustände ist es nicht verwunderlich, wenn in der nationalsozialistischen Presse in der letzten Zeit die tollsten und verlogensten Etablierungen über angebliche „Vorgänge bei der Roggenfütterung“ aufklangen. Lange genug hat diese falsche matische Darstellung der öffentlichen Meinung gedauert, ohne daß etwas dagegen getan wird. Jetzt hat der Oberpräsident der Rheinprovinz die in Geldern erscheinende nationalsozialistische Rheinprovinzische Tageszeitung wegen des Artikels „Schleies Roggenpolitik“ oder die Verschäderung deutschen Volkswirtschaftens an Getreidejuden und sozialdemokratische Beamte“ auf vier Wochen verboten.

Es ist dringend zu fordern, daß den nationalsozialistischen Wähler und Ehrabschneidern in Zukunft ihr gemeingefährliches Treiben gelehrt wird!

Kabinet Buresch in Oesterreich

Seipel gibt seinen Auftrag zurück

Wien, 20. Juni. Nach längeren Verhandlungen erklärte Dr. Seipel, daß er seine Mission zurückgibt, da die Großdeutschen, wenn sie auch die Regierung unterstützen wollen, an derselben nicht teilnehmen zu können erklärten.



Dr. Buresch, bisher Landesbauplatz von Niederösterreich

Der Bundespräsident erklärte hierauf, den letzten Versuch zu einer Bildung zu machen, und ersuchte den Abgeordneten Dr. Buresch, sich dieser Aufgabe zu unterziehen. Landesbauplatz Dr. Buresch hat diese Mission angenommen.

Die Bemühungen Dr. Bureschs um die Bildung einer Regierung aus den bisherigen Mehrheitsparteien haben zum Erfolg geführt. Die Bestätigung der Ministliste durch den Bundespräsidenten Milas steht unmittelbar bevor.

Bundeskanzler wird Dr. Buresch, Vizekanzler und Außenminister Dr. Schöber, Seeresminister Baugoin, Innenminister Wintler (Landbund), Finanzminister Dr. Josef Redlich, Minister für soziale Verwaltung Dr. Reisch, Landwirtschaftsminister Dollfuß, Unterrichtsminister Czermak, Handelsminister Seini, Justizminister Dr. Schürff.

Eisenbahnverkehrskonferenz

Unter dem Vorsitz des Mitgliedes der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn in Berlin, Herrn Reichsbahndirektor Gehl, fand am 18. Juni eine Besprechung zwischen dem Oberbetriebsleiter für den Westen (Stk Essen) und dem Silden (Stk Würzburg) und den beteiligten Beförderungsbesetzern der Reichsbahndirektionen Nordwest-Südwest, Mittel- und Südwestlands statt. Auf der Tagesordnung standen wichtige Fragen über Neuerungen im Güterbeförderungsdienst, unter denen namentlich der sogenannte Verteilerverkehr und der Behälterverkehr der Reichsbahn zu erwähnen ist.

Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

22. Juni.

1527 *Italienischer Staatsm. Machiavelli. — 1767 *Wilhelm v. Humboldt. — 1789 Französische Nationalversammlung konstituiert sich. — 1848 Arbeiteraufstand in Paris. — 1919 *Strafrechtsreformer Fr. v. Liszt. — 1919 Weimarer Nationalversammlung für Unterzeichnung des Friedensvertrages.

Ein ganzes Warenlager zusammengestohlen

In Tauberbischofsheim war es seit geraumer Zeit aufgefallen, daß dortige Leute größere Sendungen aus Karlsruhe erhielten. Man hegte Verdacht, daß es dabei nicht mit rechten Dingen zugeht, daß also diebische Hände im Spiele sind. Die Behörde schritt denn auch zur Verhaftung dreier Frauen und eines Mannes in Tauberbischofsheim und es stellte sich heraus, daß man einer Diebes- und Hehlerbande auf die Spur gekommen war, die alles mögliche zusammengestohlen und aufgestapelt hatte, vor allem Kleidungsstücke, Stoffe und Wäsche. Die Diebe haben in Karlsruhe, wo alsbald die Festnahme einer gewissen Kellnerin und deren Geliebten erfolgte. Ferner wurde in Bruchsal eine dort in Stellung befindliche Kellnerin verhaftet. Durch die Ermittlungen wurde inzwischen festgestellt, daß die Verhafteten seit einem Jahre ihrem dunklen Handwerk nachgingen und in etwa 27 Geschäften mitnahmen, was sie irgendwie erreichen konnten. Man schätzt den Wert des hauptsächlich aus Kleiderstoffen und Wäsche bestehenden Diebesgutes auf 4000 bis 5000 M. Zuletzt wurde ein Wäschegeheim in der Kaiserstraße heimgeführt. Man wollte dort ein Hemd kaufen und ließ sich eine ganze Beuge von Wäsche vorlegen. Das Ergebnis des „Kaufes“ war das Verschwinden von drei seidenen Hemden. Die Inhaberin des Geschäfts hat eine von den betreffenden Personen wieder erkannt und Anzeige erstattet. Daraufhin wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen und ein ganzes Warenlager beschlagnahmt. (Auch in Tauberbischofsheim ist das vorgedachte Diebesgut beschlagnahmt worden.) Daß die Fäden nach Tauberbischofsheim führten, war aus Briefen ersichtlich, die die Kriminalpolizei ebenfalls beschlagnahmt hat. Bei den in Karlsruhe und Bruchsal festgenommenen Frauenspersonen handelt es sich um Schwestern. Ihre in Tauberbischofsheim wohnende Mutter und zwei weitere Schwestern haben sich, wie wir hören, nicht nur der Hehlerlei schuldig gemacht, sondern sich auch an den Diebereien selbst beteiligt, indem sie zu diesem Zweck extra nach Karlsruhe reisten. Schließlich wurde in Karlsruhe in der gleichen Angelegenheit auch eine von ihrem Mann getrennt lebende Frau hinter Schloß und Riegel gefest.

Sommers Anfang

Dem reisenden Leben entgegen

Der Frühling mit seinem Blütenreichtum und Jubelstern ist nicht mehr. Der Sommer, der die Fruchtschale für die Menschen bereitet, beginnt sein Werk. Die ausgelassen tolle Freude des Jungseins und der ungebrochenen Kraft der jungen Natur vollbringt das letzte Wunder: das Reife. Ruhe und Ruhe — wie eine ermartende Mutter — strahlt das liebe Angesicht der ewigwährenden Natur. Saite Farben spielen künden die Welt ringsumher und lassen die Menschen gläubig ihre Augen und Sinne nach der Allmutter Sonne erheben. In diesen Nächten lohnen von Bergen herab Sonnenbeuge, um der Sonne einen Dankesgruß zu senden. O heilige Sonne! O heiliges Leben! O Sonne, du ewiges Licht des Lebens! Du grühen wir mit der Zerstreuung all unserer jungen Kraft. Du gibst uns das Leben und wirft ewig Leben verheißend in mütterlicher Liebe den Geschlechtern all, die nach uns die Erde betreten und weiter an dem Aufstieg und der Befreiung der Menschheit arbeiten! Und so wandre hinaus in die furchtgelächelten Gänge und lasse ein freudiges Lied ertönen. Die Getreidefelder wogen und schaukeln das reizende Rot, die Vögel ziehen und schwärmen durch das blühende Blau, und alles schwingt im Rhythmus der Freude und des goldenen Reifens in der Natur. Auch du, Mensch, bist mit eingepaant in den Rhythmus des großen Organismus Natur. Denke daran, wenn du deine Seele hinauf in das Blau jubelst läßt. Denke daran, wenn du in harter Schicht am Alltag fröhlich läst. Denke daran, wenn du im reisenden Leben in glücklicher Stunde zuhause. Dann kommt auch eine Stunde des Reifens und der Erfüllung für dich und deine Mitmenschen!

Reif fürs Irrenhaus

In der letzten Nummer der Reichsbannerzeitung befindet sich unter obiger Ueberschrift folgende Notiz: Am Jubiläum des Widerstand schreibt Ernst Niekisch: „So ist in der Tat die deutsche Situation: daß nur der die Aufgabe deutscher Befreiungspolitik richtig begriffen hat und ihr gewachsen sein kann, der fähig die Brandfackel bereit hält, um mit ihr notfalls die europäische Kultur, die „Welt“ in Brand zu setzen. Paris wird erst am dem Tage wieder aufleben, Deutschlands Hauptstadt zu sein, an dem es in Flammen steht.“ Wir haben in letzter Zeit von nationalsozialistischen Kreisen so allerhand erlebt, was der außenpolitischen Situation Deutschlands schadet hat. Aber was Ernst Niekisch hier leidet, übertrifft doch alles bisher Dagewesene. Im Interesse der Zukunft der deutschen Nation ist es höchst bedauerlich, daß man einen solchen Schändling nicht als gemeinfeindlichen Geistestranten in eine Irrenanstalt sperren kann. Für uns in Karlsruhe ist bei dieser Sache noch von besonderem Interesse, daß Ernst Niekisch, der nebenbei bemerkt leidet auch bei der Münchener Räterepublik eine Rolle spielte, erst vor kurzem bei der Karlsruher Studentenenschaft einen „politischen Vortrag“ hielt. Auch bei dieser Gelegenheit hat er derartig konjunkt Zeug geschwätzt, daß man den Kopf schütteln mußte. Dasselbe war in Heidelberg zu konstatieren. Diese Fälle und erst recht der eingangs zitierte Erguß im Widerstand beweisen, von welchem Format der „Politiker“ Niekisch ist und daß er als der geeignete Mann gilt, der studierenden Jugend politische Aufklärung zu geben. Arme Jugend, die sich derlei „Korruption“ als politische Referenten verschreibt!

Protestversammlung des Deutschen Beamtendundes

Das Landesamt des Deutschen Beamtendundes hatte für den Sonntag, 21. Juni, vormittags 10 Uhr, eine Protestversammlung in der Festhalle Karlsruhe einberufen. Der Besuch stieß zu wünschen übrig. Der Leiter der Versammlung, Verwaltungsobersprecher Böhrener brachte dies in seiner Eröffnungsansprache auch zum Ausdruck. Auch in der Gewerkschaft der Beamten gibt es viele, die alle Arbeit in die Hände ihrer Führer legen, und später nur Worte für die Kritik finden. Der Referent Dr. Fraja-München sprach in sehr sachlicher Weise über das Thema: „Beamtenschaft und Reichsnotensystem“ in einem einleitenden Vortrage. Ausgehend von der neuen Notverordnung erklärte er dieselbe als einen Einriff in die Rechte und in die Rechtsstellung des Beamten. Der Beamte steht der heutigen Not nicht verständnislos gegenüber, verlangt aber, daß alle Teile des Volkes in gleicher Weise an der Binderung der Not teilnehmen. In kurzer Zeit erfolgte für die Beamten die dritte Kürzung der Besolde. Keiner Partei zuliebe — keiner Partei zu Trost kämpft die Beamtenschaft gegen diese Notverordnung. Schlimme Zeiten bedingen schlimme Maßnahmen. Doch muß diese Lastenverteilung nach dem Grundsatz steuerlicher Gerechtigkeit erfolgen. Wie der Arbeiter, so wird auch der untere Beamte zur stärkeren Anteilnahme herangezogen. Die Maßnahmen der Regierung werden aber den Einrück, als welche sie vor dem wirtschaftlich Stärkeren zurück. Der Glaube des Volkes und der Beamten an den Staat, sei aber das sicherste Bollwerk gegen den Volksemissivismus. Bei der neuen Notverordnung schließt man aber den Teil, der gewiss noch in der Lage wäre, die Lasten zu tragen, ohne dadurch in Not zu geraten. Im besonderen ging der Referent dann auf die einzelnen Gebiete ein, kritisierte die große Ungerechtigkeit der Kräftesteuer, die vor allem wieder die unteren Beamten trifft. Die Frage der Kinderzulage sowie der Ungerechtigkeit der Ortsklasseneinteilung unterzog der Redner einer eingehenden Untersuchung. Immer wieder sind es die gleichen Kreise der Beamten, auf die sich diese Maßnahmen besonders stark auswirken. Auch die kriegsbeschädigten Beamten müssen sich eine starke Kürzung ihrer Besolde gefallen lassen. Alle diese Mißstände heissen heute eine Korrektur der Notverordnung für unbedingt notwendig erscheinen.

Aus der Wirtschaftskrise ist eine Volkskrise geworden. Die Zeit ist vorbei, wo man mit kleinen Mitteln der Kräfte Bekämpfung versucht. Der Redner beschrieb die Reparationszahlungen als eine Gefahr für die Wirtschaft, das Staatswesen und die Kultur. Einem Volke aber, dem man seine äußeren Rechte wiederzugeben hat, wird auch im Innern das Recht wieder gelten lassen. In der Verfassung sind dem Beamten keine Rechte verankert. Auch der Artikel 48 bietet keine Handhabe, die Rechte der Beamten anzufassen. Schließlich erwähnte der Redner noch die Steuerfrage, die er als Maßnahmen berechnet, die in keinem Verhältnis zu ihrem Erfolge stehen. Durch die Solidarität aller Beamten muß der Beamte auch im Volksstaat sein Recht. Der langanhaltende Beifall zeigte dem Redner die Zustimmung der Anwesenden. Der Vorsitzende des Landesamtes, Verwaltungsobersprecher Böhrener ergänzte die Ausführungen des Redners noch mit einigen Beispielen aus der Praxis. Er unterzog die Verordnungen der Regierung bezüglich Preisabbau und Steigerung des Reallohnes nochmals einer gründlichen Kritik. Unverständlich sind weiter die hohen Zuschüsse an die Landwirtschaft, die doch gerade dem Teil aufleben, die ihn am wenigsten benötigen. So geht diese Notverordnung an den Großen vorbei und drückt den Kleinen umso mehr. Nicht zu verzeihen ist die äußerst schlechte Lage in der ein Großteil der Arbeiterschaft leidet. Die dauernde Senkung des Existenzminimums bedeutet aber eine Abkehr vom Recht. Zum Schluß wurde die folgende Entschließung einstimmig angenommen.

Entschließung:

Die heute in der Festhalle zu Karlsruhe versammelten Beamten erheben schärfsten Protest gegen die Notverordnung vom 5. Juni 1931. Die Beamten erkennen keineswegs die Notwendigkeit des Ausgleiches der öffentlichen Haushalte. Die dritte Steuererhöhung legt über unter schaffender Schonung des großen Volkes, den wirtschaftlich schwachen Teilen des deutschen Volkes und insbesondere den Beamten Lasten auf die unerträglich sind. Die Beamten der unteren Gehaltsstufen sind dadurch der Berechtigung preisgegeben. Der Befehl der Ministerien vom 15. 5. 1931 — bringt die betroffenen Beamten, die Ruhehaltenspflicht, die Witwen und Hinterbliebenen in große Not. Die Kürzung der Beamtengehälter bringt eine weitere Schädigung des Wirtschaftslbens durch die Minderung der Kaufkraft und verursacht eine Verschärfung der Wirtschaftskrise. Die Kürzung der Kinderzulagen und der Renten der kriegsbeschädigten Beamten sprechen jeder sozialen Gerechtigkeit gegen. Ganz besonders verwerflich ist die Einstellung der Gehaltsabzüge nach Ortsklassen. Das ist ein Verstoß gegen die soziale Gerechtigkeit und eine unzureichende Maßnahme noch verschärft. Die Beamtenschaft hat kein Verständnis dafür, daß die Reichsregierung in der Zeit der größten Notnötigkeit das ein so sehr unumgängliche und ihr im Jahre 1926 wieder aufgebundene Sperrgesetz neuerdings in die Notverordnung aufgenommen hat. Die Beamtenschaft verlangt daß alle Vollstreife an der Binderung der Not teilnehmen und sich an die Verfassungsbestimmung erinnern: „Recht verpflichten.“ Die Beamten erwarten aber auch daß die Frage der Leibhaftigkeiten endlich in einer für Deutschland erträglichen Weise gelöst wird. Mit den Worten des Dankes konnte der Vorsitzende die Versammlung schließen.

Plaghkonzert des Volkshor West

Sonntägliche Plaghkonzerte sind immer willkommene Veranstaltungen. Ganz gleich, wer sie und wo viele abgehalten werden. Der Volkshor West hatte sich den Fliegerplatz in Mühlburg ausgesucht, also die eigenliche Umgebung seines Wirkens. Den gestrigen Vormittag benutzten viele Mühlburger, dem Konzert anzuwohnen. Gesangliche und instrumentale Musik wechselten ab. Der Arbeitermusikverein Darlandens bestritt den instrumentalen Teil. Flott und mit Gefühl wurde musiziert. Die Musiker hatten sich auch geballte Vortragsstücke ausgesucht. Besonders gut gelang die Ouvertüre zum Barbier von Sevilla. Der verhältnismäßig in den Stimmen Hangool zusammengesetzte Chorführer hatte gelanglich einen guten Tag. Mägenzeit von Koppin, Schwarzwaldbühne von Jung, Mein Lied von Uthmann fanden freudigen Widerhall seitens der zahlreich zusehenden. Mit dem Tendenzlied „Wann wir streiten“ schloß die vom Wetter kulturnotwendig begünstigte Morgenfeier. Er freut uns, daß die Arbeiterführer auch auf diese Art werdend herzutreten sich angelegen sein lassen. Den Veranstaltern Dank, den Sängern und Musikern Anerkennung.

(.) Silcherer. Jeweils um die Sommermonatendfeier erinnert sich der Karlsruher Silchererbund des schwäbischen Liedersängers Silcher, dessen Namen er trägt, und veranlaßt ihm zu Ehren ein

Sonntagsmorgenkonzert. Es fand wieder im Schloßgarten statt, der in herrlichem Grün prangt. Eine große sonntagslich gestimmte Zuhörerschaft lauschte den Weisen. Der Silcherbund hat wiederum eine Reihe der bekanntesten und eingängigsten Silcherstücke für sein Programm gewählt. Der Vorstand des Silcherbundes, Karl Henck, verlas die Rede des durch Krankheit verhinderten Rolf Gustav Saebler, in der Silcher als der Volksliederdäner gerufen wurde. Silcher hat in seinen feingebildeten Sätzen der Heimat und der Freiheit, jenen Kräften, aus denen das Volk immer wieder neuen Lebensmut schöpft, einen großen Platz eingeräumt. Die Silcherstücke sind schon derart in das Volksgut übergegangen, sie sind größtenteils schon Volkslieder geworden, daß man gar nicht mehr nach ihrem Schöpfer fragt. Das ist wohl die größte Ehre für einen Komponisten. Der Silcherbund lang unter der fürsorglichen Leitung seines Ehrenvorsitzers Friedrich Müller die traulichen Lieder mit ungestörter Hingabe. Die auffallend weichen Tenöre führten ohne aus dem Rahmen des Quartettgesanges herorzutreten. Vor allem fiel die klare, natürliche und leichtliche Art der Wiederhergabe auf, die deutlich zeigte, daß Müller und seine Sänger den wahren Wert dieser gemüthlichen Weisen in vollem Umfang erkennen und zu schätzen wissen. Die vielen Radiöhörer — die Darbietungen wurden übertragen — werden wohl die gleiche Freude an der Feier gefunden haben, wie die zahlreiche Zuhörerschaft, die mit Beifall nicht fargte.

Veranstaltungen

Johannisfeier im Stadigarten.

Am Mittwoch, 24. Juni d. J., findet im Stadigarten, um 20 Uhr, wie alljährlich zum Sommerbeginn, eine Johannisfeier statt, verbunden mit einem Festkonzert des Willharmischen Orchesters unter Leitung von Herrn Musikdirektor Emil Jzragan und einem Feuerwerk der Firma Wilhelm Bockel, Heidelberg. Ferner findet eine der beliebtesten bengalischen Feuerfeste des Sees und der Anlagen statt und ein reicher Lampenschmaus verleiht dem See und dem Garten einen besonders zauberhaften Anblick. Außerdem wird auf dem See ein Holzstoß, das Johannisfeuer, abgebrannt werden. Bei dieser Veranstaltung das Wetter günstig, so werden wieder, wie immer, Zehntausende zu diesem schönen Feste nach dem Stadigarten strömen, um sich am Sommerabend zu erfreuen. Um dem zu erwartenden großen Andrang des Publikums an diesem Abend gerecht zu werden, werden sämtliche Stadigarteneingänge geöffnet sein. Bei schlechtem Wetter müßte die Veranstaltung allerdings auf Samstag, 27. Juni, 20 Uhr, vertagt werden.

Dienstag-Abendkonzert im Stadigarten. Am Dienstag den 23. Juni, konzertiert im Stadigarten von 20 bis 22.30 Uhr, das Willharmische Orchester unter Leitung von Herrn Musikdirektor Emil Jzragan. Wieder einer genuehreichen Abendunterhaltung im schönen Stadigarten seien auf dieses Konzert besonders hingewiesen.

Spielhäuser

Ballspiel-Theater. Scheinbar ein Thema für die Tränenbäche mit einem Jota sagendosten Belochsmaus könnte mancher meinen. Vermutlich hat der ober jener an Courts Mahler ufl. angelehnt. Aber glücklicherweise ist aus dieser auf schwachen Füßen stehenden Scheinwelt nichts aufzuheben, sondern von der Rege ist ein farses, bergnüt-pompöses Märchen unter Berücksichtigung moderner Erfindungen bearbeitet worden. Aus der Welt der Großstadt hat sich einer den Frauen abgelehnt. Er ist ein Redemann, hat alles, vieles erlebt. Und legt nichts wie an die Riviera Monte Carlo, Nizza. In die Goldschmelzwerkstätten, die Spielhäuser; mitmachen die Amusements, um das Leben endlich einmal in allen Werten zu genießen. Also nach dem Süden. Abends... im Hotel. Im Ballaal bewegen sich die Paare unter dem Klang harter, geknackter, nehmender Melodien. Draußen, im Park, ist die Nacht traumhaft schön. Auf der Terrasse hat sich eine elegante Dame niedergelassen, nicht wissend, daß diese für einen jungen Herrn reserviert ist, der eben der Gesellschaft drinnen den Rücken kehrt, um zum letzten Male auf seinem Lieblingsplatz auszurufen. Nach dem Abend er sich durch diesen Umständen an, der Mann, welcher die Frau hat. „Du er sie man findet auch in weichen Verhältnissen, würde, daß kann man sich denken, interessieren. Nichts wird verraten. Reint Reint Reint! Einzig und allein weiß Weisheit: Friedl Hoerlin, die Frau „Seiner“ schloßten Räume, jene blonde Weisheit; der entscheidende Spieler Walter Janssen, dessen Wohlstand der Stimme bestrichend ist, der Herr, dem die Führung des Scheinmüßes jener Unbekannten am Herzen liegt, und gar nicht zuletzt könnte Elio Wollburg, diese Rubelbarrieren händern, der, wie immer, am ganzen Körper leidet, und dessen Weisheit und unerschütterliches Temperament sich in dem neuen Film „Die Königin einer Nacht“ in dochform präsentiert. — v.

Küppert

Parteiversammlung. In der am 17. Juni 1931 im Kindergarten stattgefundenen Parteiverammlung referierte Gen. Thomas über: „Notverordnung und Sozialversicherung“. Der Redner verstand es, durch seine von großer Sachkenntnis getragenen Ausführungen die Hörer bis zum Schluß zu fesseln. Am Hand seines reichhaltigen Materials gelang es dem Redner, den Genossen den Weg, der zur jetzigen Notverordnung führte, aufzuzeigen. Weiterhin besprach er die Wirkung, die die Notverordnung vom 6. Juni 1931 auf die verschiedenen Kategorien der Sozialversicherung und der Versicherten ausübt. Wie eine Sozialversicherung an den Rand des Abgrundes gebracht werden kann, zeigte Gen. Thomas an dem Beispiel der Knappschaftsversicherung. Große Kämpfe um die Sozialversicherung werden noch ausgefochten werden müssen, und da wird es Aufgabe unserer Führer sein, den richtigen Weg zu beschreiten. Denn es ist von großer Bedeutung, was für eine Regierung über das Schicksal der Arbeitslosen, Invaliden, Angestellten, Witwen und Unfallrentner und der kriegsbeschädigten zu bestimmen hat. Dabei ist es notwendig, daß die Parteigenossen im Betriebe und Büro überall Aufklärungsarbeit leisten und besonders auch bei der gefühlsmäßigen Einstellung vieler Arbeiter an deren Verstand appellieren. Wir wissen, daß die große Abrechnung mit dem Kapitalismus einmal kommt, aber es muß dazu auch der richtige Zeitpunkt gewählt werden. Die Ausführungen fanden den vollen Beifall aller Erhörenden und lösten eine lebhafte Diskussion aus, an der sich die Genossen Böhn, Kornmüller, Eberhard und Sillg beteiligten. g. l.

Dereinsanzeiger

Die zu 4 Seiten 80 Pf. die Seite
Dereinsanzeiger finden unter dieser Aufschrift in der Regel keine Aufnahme, aber werden zum Teil mitgenommen.

Karlsruhe.

WGB. — Ortsausflug Karlsruhe. Achtung Gewerkschaftscollegen und Kollegen! Heute Montag, 22. Juni, abends 6 Uhr, (18 Uhr) wichtige gemeindefällige Funktionärsversammlung im oberen Saale des Konzerthauses mit Vortrag von Genosse Minister Dr. Remmele. Tagesordnung: 1. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage Deutschlands. 2. Diskussion. Zutritt haben nur Kollegen und Kollegen, die sich durch das Parteibuch der SPD. legitimieren können.

Unsere Filialinhaber

die den Volksfreund durch die Post überwiefen erhalten, wollen die für den Monat Juli benötigte Bezugszahl (Erwerbslose und in Arbeit Stehende) spätestens bis 25. Juni hierher mitteilen. Die übrigen Filialen bis spätestens 30. Juni. Wir bitten im Interesse einer prompten Regelung des Verlages für den nächsten Monat um genaue Einhaltung der Termine.

Freistaat Baden

Kabinettsbildung „ohne weitere Verzögerung“

Diese Forderung stellt in seiner gestrigen Sonntagsausgabe der Badische Beobachter auf. Das Zentrumblatt beantwortet zunächst dem Karlsruher Mitarbeiter der Neuen Badischen Landeszeitung, Herrn Dr. Rapp und erklärt:

„Wenn er (Rapp) es noch nicht wissen sollte, so wollen wir ihm noch einmal besonders sagen, daß die Initiative zur Erweiterung der Koalition unter Anbieten des Kultusministeriums an das Zentrum von dem stellvertretenden Landesvorsitzenden der Demokratischen oder Staatspartei, Herrn Freudenberger, und von dem Landesvorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Herrn W. Reinholdt ausgegangen und an die Führung des Zentrums weitergegeben ist.“

Das Zentrum hatte seit 1929 bei verschiedenen Gelegenheiten immer wieder betont, daß es die Herstellung der Großen Koalition als politisches Ziel betrachte. Die Demokraten aber haben abgelehnt, während die Deutsche Volkspartei in Baden mit anerkennendem politischem Weitblick und mit staatspolitischem Verantwortungsgesühl sich positiv einstellt und zur Mitarbeit bereit ist.“

In einer gleichzeitig gegen den Chefredakteur der Volksstimme in Mannheim, Genossen Harpuder, gerichteten Polemik sagt der B. B.:

„Wir nehmen an, daß auch Herr Dr. Harpuder einseht, daß keine Partei, die noch etwas auf politische Reputation hält, sich so behandeln läßt, wie man es anscheinend der Zentrumspartei und der Deutschen Volkspartei und den Unterhändlern der sozialdemokratischen Fraktion zusumuten sich anseht.“

Zum zweiten meint Herr Dr. Harpuder, daß ein neuer Verständigungsversuch auch nicht auf der alten Basis unternommen werden sollte, sondern mit „einer neuen Plattform, frei von all den durch den bisherigen Verlauf an sich erlebigen Halb- und Viertelverbindungen“. Wenn Herr Dr. Harpuder damit etwa meinen sollte, daß nun wieder von vorn angefangen werden soll mit allen Verhandlungen, so würde er sich einer verhängnisvollen Täuschung hingeben. Das Zentrum ist vielmehr der unerschütterlichen Auffassung, daß nun genug verhandelt wurde und daß nunmehr gehandelt werden muß und zwar ohne weitere Verzögerung.“

Wir lassen mit uns nicht spielen, jetzt muß sich die Sozialdemokratie entscheiden, ob sie das Ergebnis der Verhandlungen ihrer eigenen Vertreter billigen und in die Tat umsetzen will. Wir sind überzeugt, daß dafür bei den die Situation klar überschauenden Fraktionsmitgliefern der Sozialdemokratie Verständnis vorhanden ist. Das scheint auch durchzubilden in dem Artikel des Reichstagsabgeordneten Schöpflin im Volksfreund vom 20. Juni, wenn er schreibt: „Gewiß, eine Fraktion muß, wenn dringliche Verhältnisse es erfordern, die Verantwortungstrast und den Mut besitzen nebenbei auch eine politische Entscheidung zu fällen, die im Augenblick nicht der Stimmung der Parteianhänger entspricht.“

Daß aber jetzt und nicht erst im Herbst die Entscheidung fallen muß, ist von uns wiederholt unter Darlegung der zwingenden Gründe gesagt worden. Wir wiederholen nochmals: Wir haben der Sozialdemokratie keine Direktive zu geben, aber wir machen in letzter Stunde auf den Ernst der Situation aufmerksam.“

Das sind unstreitig in kategorischem Ton gehaltene Sätze, aus denen auch eine recht gereizte Stimmung spricht, für die wir keine Erklärung finden. Niemand hat daran gedacht und niemand denkt daran, mit dem Zentrum oder mit der Deutschen Volkspartei zu spielen und wir lassen auch die Behauptung des B. B. nicht gelten, als sei es mit der Reputation der beteiligten Parteien unvereinbar, die Entscheidung bis zum Herbst hinauszuschieben. Der Hinweis des Genossen Schöpflin in der Samstagausgabe des Volksfreund, daß eine Fraktion gegebenenfalls handeln müsse, hat zur Voraussetzung, daß „dringliche Verhältnisse es erfordern“. Solch dringliche Verhältnisse liegen aber hinsichtlich der Kabinettsbildung in Baden nicht vor. Offenbar sind Zentrum und Deutsche Volkspartei sich darüber einig geworden, daß in den nächsten Tagen die Entscheidung zu fällen ist und sie scheinen entschlossen zu sein, die Entscheidung zu erzwingen. Und die Deutsche Volkspartei wird schmunzelnd das große Lob einstecken, das der B. B. ihr zollt.“

Ausgabenbegrenzung für Körperschaften des öffentlichen Rechts

Durch eine Verordnung des Ministers der Finanzen wird gemäß Kapitel 1 § 5 im zweiten Teil der Notverordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 angeordnet, daß § 2 Satz 1 bis mit 3 und § 4 der Bestimmungen über Ausgabenbegrenzung auf die Handelskammern und Handwerkskammern, auf die Landwirtschaftskammer, auf die Gebäudeversicherungsanstalt und auf die Versicherungsanstalt für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte anzuwenden sind. — Die weitere Regelung erfolgt im Benehmen mit dem Herrn Minister des Innern.

Aus dem Gerichtssaal

Der Heidelberger Wohnungsbau-Prozess

In der Samstags-Verhandlung des Prozesses gegen die Heidelberger Wohnungsbau G. m. b. H. wurde eingehend über die Entstehung der Spekulationsgeschäfte gesprochen, die die Gesellschaft mit dem Gelde des Schwelmerordens unternommen hatte und die bekanntlich alle fehlschlugen waren. Die größten Beträge flossen in die von der Wohnungsbau G. m. b. H. neu gegründete Sabaromina-Gesellschaft in Amsterdam, die über 650 000 RM. verschleuderte. Der österr. Rechtsanwalt Dr. Nitrov erhielt für Fessionen, die nachher nicht verwertbar waren, 220 000 Mark, eine Wohnungsbaugesellschaft „Kawoming“ in Berlin 163 000 Mark, die Internationale Produktions A. G. in Zürich (Niedersee) 83 500 Mark, die Automaten-Wandlung A. G. in Berlin 50 000 Mark, ein Ritterausbehalter bei 237 000 Mark. Dazu kamen zahlreiche weitere Beträge zwischen 5000 Mark und 10 000 Mark. Sie waren größtenteils als schnell verzinsliche Einnahme gedacht und zum Teil auch schon als einträgliche Einnahme gegeben. Trotzdem ist so gut wie alles verfallen. Man weiß größtenteils überhaupt nicht, wohin die Gelder über Basel hinaus sind. Die Wohnungsbaugesellschaft führte Verhandlungen mit sehr weit in der Ferne. So verhandelte man mit Unternehmern, zum Teil aber auch mit Regierungen in Ägypten, der Türkei, Kanada, Serbien, Polen, Italien, Rumänien, Lettland usw. Keines dieser Projekte ist zur Ausführung gekommen, aber die Heidelberger, Provisionen und Schmiergelber dafür belaufen sich allein auf unetwar 480 000 Mark!

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfälle

Auf der Linkenheimer Landstraße fuhr am Samstag abend ein Motorradfahrer anscheinend aus Unachtsamkeit von rückwärts auf einen Postomnibus auf. Der Motorradfahrer und seine Soziusfahrerin kamen zu Fall, wobei letztere einen doppelten Schädelbruch davontrug und in lebensgefährlich verletztem Zustande ins Städt. Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Weitere Erhebungen sind im Gange.

Am Samstag abend stieß ein Personenkraftwagen, der in westlicher Richtung durch die Rheinstraße fuhr und in die Erberstraße einbiegen wollte, mit einem ihm in der Rheinstraße entgegenkommenden Radfahrer zusammen. Der Radfahrer stürzte unter schweren Verletzungen davon, die jedoch nicht lebensgefährlich sind, daß er mittels Krankenwagens ins Städt. Krankenhaus verbracht werden mußte. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung. Es ereigneten sich ferner am Samstag und Sonntag einige weitere Zusammenstöße, bei denen jedoch nur unbedeutender Sachschaden entstanden ist.

Zimmerbrand

In einem Hause in der Lensstraße entstand dadurch ein Zimmerbrand, daß eine 18 Jahre alte Hausangestellte beim Lesen im Bett eingeschlafen war und das Kerzenlicht die Tischdecke in Brand setzte. Die Flammen hatten bereits den Tisch und den Fenstervorhang ergriffen. Glücklicherweise wurde das Feuer von Nachbarn bemerkt, so daß weiterer Schaden verhindert und die herbeigerufene Feuerwehr nicht mehr eingreifen brauchte.

Einbruchsdiebstahl

In der Nacht zum Samstag stiegen Diebe durch das Klosettfenster in eine Wohnung in der Ritterstraße in Durloch ein. Die Dieben sind eine Anzahl Bekleidungsstücke, Lebensmittel sowie 25 M. Bargeld in die Hände gefallen. Die Erhebungen sind im Gange.

Im Laufe des Samstag und Sonntag sind 5 Fahrräder gestohlen worden, 2 Fahrräder wurden aufgefunden.

Selbsttötung

In seiner Wohnung in der Marienstraße machte ein 56 Jahre alter verheirateter Reichsbahnbeamter durch Erhängen sein Leben freiwillig ein Ende. Der Grund zur Tat ist nach Angaben der Angehörigen in Schwermut zu suchen.

Grober Unfug und Schlägereien

Im Laufe des Samstag und Sonntag mußte die Polizei wiederum mehrfach wegen Ruhestörung, groben Unfug und Schlägereien eingreifen, in einem Falle wurde den Beamten ein derartiger Widerstand entgegengesetzt, daß die Beamten gezwungen waren, vom Polizeieinsatz Gebrauch zu machen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Nach dem am Samstag nachmittag erfolgten Einbruch kühler Polarluft ist das Wetter wieder rasch besser geworden. Der Bestand der Befeuchtung ist aber noch nicht gesichert, solange das Zentrum hohen Druckes im Westen liegt.

Wetterausblick für Dienstag, 23. Juni:

Zeitweise leicht bewölkt, vorwiegend trocken, mäßig warm, mit westliche Winde.

Wasserstand des Rheins

Waldshut 389, Schusterinsel 270, Rehl 380, Maxau 564, Mannheim 484 Zentimeter.

Veranstaltungen

Montag, den 22. Juni 1931:
Badisches Landesbühnen: Jeder allen Jender Liebe, 9 Uhr.
Maria-Ballet: Glücksmelodie, Die Lände der Lisa Kraft.
Kammer-Theater: Die Königin der Entarteten.
Walsh-Theater: Die Königin einer Nacht.
Reichens-Theater: Die Blumentrau von Lindenau.
Schauburg: Hochstapler aus Liebe, Das größte Opfer.
Bad. Kammerbühnen, Badstr.: Schickens- und Gemütsheilung usw.
Stadthaus, Gasshaller: Vortrag Sterilisieren im Gasbadofen, 15 Uhr.
Untergrombach: Bruderbundsläger: 25. Stiftungsfest.

Einladung

zur Haupttagung des Landesverbandes badischer Hebammen
am Donnerstag, den 25. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr im Festsaal des Hotel „Friedrichshof“, Karl-Friedrich-Straße in Karlsruhe.
In der Tagesordnung sind wichtige Berufsbeiträge vorgesehen von der staatlichen Landesfrauenklinik Karlsruhe sowie dem Heilberga. Die badischen Hebammen sind hierzu freundlich eingeladen und werden gebeten, zahlreich zu erscheinen. Besondere sind die staatlichen und gemeindlichen Behörden eingeladen.
Der Vorstand: Emma Vrecht

Wohnverein Karlsruhe e. G. m. b. H.

folgende Wohnungen zu vermieten:
auf 1. August ds. Jg.:
Rahe 8, 11. Stod, 2 Zimmer mit Bad und Zubehör
auf 1. Oktober ds. Jg.:
19, 11. Stod, 2 Zimmer mit Bad und Zubehör
22, 11. Stod, 2 Zimmer mit Bad und Zubehör
Rahe 23, 14. Stod, 2 Zimmer mit Bad und Zubehör
Rahe 3, 1. Stod, 4 Zimmer mit Bad und Zubehör
Rahe 7 a, 14. Stod, 2 Zimmer mit Bad und Zubehör
Rahe 31, 111. Stod, 3 Zimmer mit Bad und Zubehör
Rahe 19, 14. Stod, 2 Zimmer mit Bad und Zubehör
Kandara-Straße 37 a, 14. Stod, mit Bad und Zubehör
Rahe 51, 11. Stod, 2 Zimmer mit Bad und Zubehör
d zu vermieten auf 1. Oktober im 11. Stockwerk auf dem Egerzierplatz:
in einer Einzimmerwohnung mit Bad, Manierarbeiten, tigen Zubehör
Zimmerwohnungen mit Bad, Manierarbeiten, tigen Zubehör
gen von Mitgliebrern wollen bis Samstag, den 25. ds. Jg., im Büro Rahe 3 erfolgen, woselbst auch die Bedingungen zu erfahren sind.
ung findet am Dienstag, den 20. ds. Jg., in der Reissartentier, Schützenstraße 58, statt den 20. Juni 1931.
Der Vorstand. 5142

Unser Programm

in Wort und Bild

Eine Folge von 140 Bildern

Begleittext: Das Heidelberger Programm der SPD 94 Seiten, moderne farb. Photomontage

Mit einem Vorwort von Hermann Müller, Reichskanzler a. D.

Was will die SPD.?

Zu haben Für ganze 90 Pfennig in der Volksfreund-Buchhandlung Karlsruhe, Waldstraße 28